

Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 1/2016

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 14.01.2016
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

| | |
|-----------------------------------|----------------|
| Erster Bürgermeister Jürgen Karle | (Vorsitzender) |
| Roland Brönner | |
| Christian Kohlhepp | |
| Joachim Lutz | |
| Stefan Schottdorf | |
| Herbert Aul | |
| Frank Diemer | |
| Sebastian Fella | |
| Lothar Haas | |
| Markus Kurz | |
| Marcus Scholz | |
| Gabriel Vogt | |
| Michael Zeller | |

entschuldigt:

| | |
|---------------|----------|
| Astrid Mützel | (krank) |
| Hubert Roth | (Urlaub) |

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 17.12.2015

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des Sitzungsprotokolls vom 17.12.2015 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

Ratsmitglied Herbert Aul war bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

2. **Erlass einer Einbeziehungssatzung für einen Teilbereich des Grundstücks FINr. 469, Gemarkung Wartmannsroth, im Bereich Lennesweg; Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**

In der Zeit vom 17.11.2015 – 04.01.2016 wurde im Verfahren die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Folgende Anmerkungen und Vorgaben Träger öffentlicher Belange sind zu behandeln:

Untere Naturschutzbehörde:

- Zusätzliche Bepflanzung der Einbeziehungsfläche an der Südseite mit Hochstammbäumen
- Vorlage einer qualifizierten Grünordnungsplanung mit Kompensationsvorschlag
- Einbeziehung einer geeigneten Fläche ins Landschaftsschutzgebiet

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen eine unmittelbar in der Nähe liegende Fläche auf dem gleichen Grundstück als Ersatzfläche für das Landschaftsschutzgebiet vorzusehen. Dies wird vom Gemeinderat allgemein befürwortet.

(Herbert Aul trifft ein)

Beschluss: Die Forderungen der Unteren Naturschutzbehörde werden anerkannt. Sämtliche Leistungen sind vom Bauwerber zu erbringen. Die Gemeinde veranlasst die Änderung des Landschaftsschutzgebietes. Eine entsprechende Fläche ist vom Bauwerber bereitzustellen. Vorzugsweise ist eine Verschiebung der Grenze des Landschaftsschutzgebietes auf dem Grundstück FINr. 469 anzustreben.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Gesundheitsamt

- Sicherstellung eines Wasser- bzw. Kanalanschlusses an die zentralen Anlagen für den Fall einer Wohnbebauung

Im Gemeinderat wird die Meinung vertreten, dass eine Wohnbebauung auf der Einbeziehungsfläche nicht vorgesehen werden soll.

Beschluss: Eine Wohnbebauung ist für die Einbeziehungsfläche nicht vorgesehen und soll nicht in die Satzung aufgenommen werden. Eine erschließungsvertragliche Regelung ist daher nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. **Erste Änderung des Bebauungsplans "Limpelbach"; Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit der Unteren Naturschutzbehörde**

Zu diesem Punkt fand am 14.01. ein Ortstermin mit der Unteren Naturschutzbehörde statt. Hauptsächlich Gegenstand der Besprechung war die vom Gemeinderat gewünschte Auflockerung des Pflanz- und Erhaltungsgebotes für Großbäume.

Im Ergebnis konnte Einigkeit über folgende Punkte erzielt werden:

- Um den Eingriff ins Landschaftsbild zu schmälern, wird die angedachte maximale Firsthöhe von 15 m auf 12 m herabgesetzt.
- Im Westen und im Norden wird das Gewerbegebiet durch einen Heckengürtel zur freien Landschaft eingegrenzt.
- Im Süden entsteht eine öffentliche Grünfläche als Streuobstwiese.
- Das generelle Erhaltungsgebot für die Bestandsbäume wird deutlich gelockert. D.h. die Bäume werden im Einzelnen auf Ihre Erhaltungswürdigkeit geprüft. Demzufolge sind einige Bäume entbehrlich. Auch erhaltenswerte Bäume müssen nicht zwingend erhalten werden. Für den Fall einer notwendigen Fällung können diese durch Ersatzpflanzungen an anderer Stelle auf dem Grundstück oder sogar außerhalb des Gewerbegebietes auf zuvor festgelegten, öffentlichen Flächen gepflanzt werden. Hierfür sollen seitens der Gemeinde geeignete Flächen vorgeschlagen werden.

Die Reduzierung der Firsthöhe auf 12 m wird zunächst kritisiert weil man befürchtet nicht genügend Höhe für große Fahrzeughallen mit Kranbahn zu haben. Allerdings bestätigen viele Bausachverständige und Gewerbehalleneigentümer aus den Reihen der Ratsmitglieder, dass eine Firsthöhe von 12 m absolut ausreichend sei.

Weitere Kritik wird am Fortbestand der Grünflächenzahl von 20 % geäußert. Hieraufhin erklärt der Geschäftsleiter, dass sich die Grünflächenzahl fortan auf die Gesamtfläche bezieht und nicht wie bisher auf die bebaubare Fläche. Somit sei hier auch eine deutliche Auflockerung der bestehenden Festlegung erreicht worden, da nunmehr auch die ohnehin nicht überbaubaren Flächen auf die Grünflächenzahl Anrechnung finden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass die Grünflächenzahl nicht den Anteil der begrünten Fläche beschreibt sondern den Anteil der nicht versiegelten Fläche. Es seien also auch solche Grundstücksteile nutzbar.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt dem Verhandlungsergebnis mit der Unteren Naturschutzbehörde zu und befürwortet die angedachten Änderungen der Grünordnung. Vom Büro Land und Plan sind die Änderungen einzuarbeiten und geeignete Ausgleichsflächen auf Grundlage des Landschaftsplans vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

4. Information und Beratung über die weitere Vorgehensweise bei der Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße von der Heckmühle zur KG 27 und der Ortsstraße zum Anwesen "Am Heckberg 15"

Vom Büro Bautechnik Kirchner wurden die Untersuchungen zur Sanierung der Gemeindeverbindungsstraße abgeschlossen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Straße zwar in einem schlechten aber unbedenklichen Zustand ist. Hierzu wird dem Gemeinderat ein detaillierter Zustandsbericht vorgelegt.

Bürgermeister Karle stellt anschließend fest, dass die Gemeinde nur den Neubau der Straße bezuschusst kriegen würde, da eine Instandsetzung nicht den Regeln der Technik entspräche. Da der Zustand der Straße jedoch noch nicht so schlecht sei, als dass ein Wegreißen der Straße gerechtfertigt sei, plädiert er dafür derzeit von diesbezüglichen Baumaßnahmen abzusehen. Allenfalls kleinere Verbesserungen sollten vorgenommen werden.

Der Gemeinderat schließt sich dieser Meinung an. Um die Straße komplett zu erneuern sei sie noch in einem zu guten Zustand. Auf die Straßenschäden solle gegebenenfalls mit Warnschildern und Geschwindigkeitsbegrenzungen reagiert werden.

Beschluss: Von einer Sanierung bzw. Erneuerung der Gemeindeverbindungsstraße von der KG 27 nach Heckmühle im Haushaltsjahr 2016 wird abgesehen. Der Straßenzustand ist weiter zu beobachten. Grundlegende bauliche Maßnahmen sollen erst dann eingeleitet werden, wenn dies aus sicherheitstechnischen Gründen notwendig wird.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

5. Bewerbung um eine Förderung nach dem Kommunalen Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung der Grundschule in Dittlofsroda

Der Freistaat Bayern hat für die Kommunen ein Förderprogramm für energetische Sanierungsmaßnahmen und bauliche Maßnahmen zur Barrierefreiheit aufgelegt. Gegenstand der Förderung sind im Wesentlichen Kindertagesstätten und Schulen.

Die Architekturwerkstatt Ruser wurde beauftragt zu prüfen inwieweit geeignete Maßnahmen in der Grundschule Dittlofsroda machbar und sinnvoll wären.

Die Aufstellung des Architekten beinhaltet im Wesentlichen die Außendämmung, den Einbau neuer Fenster und die weitgehende Erneuerung der Heizungsanlage. Insgesamt werden die Baukosten auf gut eine halbe Million Euro geschätzt.

Der erste Bürgermeister erläutert darüber hinaus, dass bei derartigen Maßnahmen ein Fördersatz von bis zu 90 % möglich wäre und es sträflich wäre, wenn die Gemeinde nicht wenigstens probiere in den Genuss der Fördermittel zu gelangen.

Inwieweit der Schulstandort sicher sei könne niemand beantworten, so der Bürgermeister auf Nachfrage. Derzeit gäbe es keinerlei Anzeichen dafür, dass der Schulstandort in Frage gestellt würde. Im Falle einer Förderung könnte dies vielleicht sogar zur Standortsicherung beitragen ergänzt Geschäftsführer Daniel Görke. Allerdings sei auch dies reine Spekulation.

Ob nicht auch eine Sanierung des Kindergartens in Schwärzelbach als Maßnahme in Frage käme, möchte zweiter Bürgermeister Roland Brönner wissen. Die Frage wird vom ersten Bürgermeister dahingehend beantwortet, dass die Gemeinde nur zum Teil Eigentümerin des Gebäudes sei und auch die erforderlichen Maßnahmen nicht so dringend wären wie in der Schule.

Beschluss: Der Gemeinderat befürwortet die Bewerbung der Gemeinde Wartmannsroth um Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm zur Durchführung einer energetischen Sanierungsmaßnahme in der Grundschule Dittlofsroda. Die Architekturwerkstatt Ruser wird mit der Zusammenstellung der nötigen Bauunterlagen beauftragt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

6. Vergabe von Ingenieurleistungen für die Umplanung und Umsetzung des Bebauungsplans Bornhecke II in Völkersleier

Das Ingenieurbüro Alka aus Haßfurt war mit der Aufstellung des Bebauungsplans Bornhecke II beauftragt. Für die Umplanung und anschließende Umsetzung des Bebauungsplans wurde nun ebenfalls vom Büro Alka ein Ingenieurvertrag vorgelegt.

Das Angebot wurde seitens der Verwaltung geprüft und mit dem Ingenieurbüro im Detail besprochen. Mögliche Verhandlungsspielräume wurden weitestgehend genutzt.

Beschluss: Das Ingenieurbüro Alka erhält den Auftrag für die Umplanung und Umsetzung des Bebauungsplans „Bornhecke II“ in Völkersleier gemäß dem vorgelegten Ingenieurvertrag. Der erste Bürgermeister wird zum Vertragsabschluss ermächtigt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

7. Information über die Bürgerversammlungen 2015

Der Bürgermeister gibt dem Gemeinderat einen Überblick über die Themen und Vorträge in den einzelnen Bürgerversammlungen und den aktuellen Sachstand zu den jeweiligen Punkten:

1. Heiligkreuz

- Im Bereich der Brücken über den Weißenbach müsste wieder einmal ausgebaggert werden, um Hochwasser bei der Schneeschmelze zu vermeiden.
- Im Bereich des Anwesens „Heiligkreuzstraße 29“ sehen sich die Anwohner großen Staubbelastungen durch vorbeifahrende Fahrzeuge ausgesetzt. Es wird darum gebeten durch das Aufbringen von Fräsgut Abhilfe zu schaffen.
- Für die Alte Schule soll von der Gemeinde ein neuer Ölofen beschafft werden weil der vorhandene nicht mehr richtig funktioniert. Der Bürgermeister verweist darauf, dass die Feuerwehr Heiligkreuz als finanziell gut aufgestellter Verein und Hauptnutzer der Räumlichkeiten hierfür gut selber sorgen könnte und nicht die Gemeinde angewiesen sei.
- Weiterhin werden Geschwindigkeitsübertretungen im Bereich der Ortseinfahrt beklagt. Hier soll das Messgerät mal wieder zum Einsatz kommen.

2. Waizenbach

- Es wird moniert, dass in der Gräfendorfer Straße zu schnell gefahren wird. Die Gemeinde sollte hier Geschwindigkeitsmessungen durchführen und bei der Straßenmeisterei auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung hinwirken.
- Vor dem Anwesen „Neue Straße 4“ ist ein Schlagloch zu reparieren.
- Im Friedhof sollen die Türstöcke neu ausgefugt werden. Außerdem soll an der Tür ein Haken angebracht werden, der die Tür bei Beerdigungen offen hält. Aus privater Initiative werden Haken zum Aufhängen der Gießkannen angebracht.
- In der Diebacher Straße sind diverse Kanaldeckel und Wasserschieber zu heben.
- Auf Nachfrage erläutert Geschäftsleiter Daniel Görke den Sachstand hinsichtlich der Aktualisierung des Wegebestandsverzeichnisses. Dieses soll künftig als Grundlage für die Bezuschussung von Wegebaumaßnahmen durch die Gemeinde dienen.

3. Völkersleier

- Auf Nachfrage erläuterte Bürgermeister Karle die geplante Erschließung des Baugebiets Bornhecke II.
- Einige ältere Bürger wünschen sich einen seniorengerechten Zugang zum Feuerwehrhaus. Insbesondere ein Geländer wäre notwendig.

- Es wird angefragt inwieweit eine Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED angedacht ist. Der Bürgermeister informiert darüber, dass Zug um Zug defekte Leuchten durch LED-Leuchten ersetzt würden und, dass bei anstehenden Straßenausbauten ebenfalls eine Umrüstung vorgenommen würde.
- Ein großes Ärgernis für die Anwesenden sind die Zustände im Bereich des Jugendraums. Hier würden erwachsene Männer, die dem jugendlichen Alter längst entwachsen seien, leere Bierflaschen und anderen Unrat über Tage und Wochen auf dem Gehsteig zurücklassen. Dies sei schlecht für das Ortsbild und stünde im krassen Gegensatz zu den sonstigen Bestrebungen der Ortsverschönerung. Da die Räumlichkeiten ohnehin nicht zum Aufenthalt geeignet seien, fordern viele der Anwesenden die Schließung des sog. JUZ.

Der Bürgermeister erklärt, dass er sich dieser Sache annehmen wird.

4. Wartmannsroth

- Einige Bürger hinterfragen die Notwendigkeit eines Kreisverkehrs am Ortsausgang Richtung Schwärzelbach und befürchten eine höhere Lärmbelästigung und hohe Kosten. Dies sei das einzig probate Mittel um den Verkehr in diesem Bereich abzubremesen, erläutert der Bürgermeister. Auch wenn die Frage ob es hierdurch zu mehr Lärm käme noch offen sei, so sei er jedoch gern bereit, dies zugunsten von mehr Sicherheit in Kauf zu nehmen. Die Kosten für den Kreisverkehr würden weitestgehend vom Freistaat und vom Landkreis getragen.
- Angesprochen auf die Kostenbeteiligung der Bürger erklärt der Bürgermeister, dass diese erst nach Abzug der Zuschüsse erfolgt, d.h. auch die Anlieger werden durch die Zuschüsse entlastet. Generell seien die Kosten für die Flächen nach der Bordsteinkante zu tragen.
- Ein Bürger interessiert sich generell für die Möglichkeiten sich mit Ideen und Vorschlägen einzubringen. Hierzu führt Herr Karle aus, dass im Zuge des Planungsverfahrens umfangreiche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vorgesehen sind.
- Der angedachte Abriss der alten Schule wird im Allgemeinen befürwortet. Auch das Nachbaranwesen, ebenfalls im Eigentum der Gemeinde, soll nach Meinung der Bürger abgerissen werden. Dies sei angedacht, sobald ein vernünftiges Nachnutzungskonzept stünde, so der Bürgermeister.
- Der Abriss des Wieghäuschens wird ebenfalls befürwortet. Dieses sei ohnehin nur an zwei Seiten ansehnenswert. Zugunsten einer vernünftigen Straßenführung könne man auf das Gebäude verzichten.
- Ein Bürger erfragt den Sachstand zum Ausbau der KG 27 in Richtung Diebach. Dieser sei wohl vorerst zurückgestellt, antwortet der Bürgermeister.
- Viele Bürger wünschen sich eine Beleuchtung für den Parkplatz neben der Kirche und den Kirchenzugang. Der Bürgermeister verspricht hierfür eine Lösung zu finden.
- Die Renaturierungsmaßnahmen am Weidigsee laufen demnächst an gibt der Bürgermeister auf Nachfrage Auskunft.
- Weiterhin ein Ärgernis ist ein ungepflegtes Anwesen an der Hauptstraße im Bereich des Rathauses. Der Bürgermeister erklärt, dass es in diesem Fall sehr schwierig sei dem beizukommen. Weder Geldstrafen noch Appelle an die Vernunft würden den Eigentümer dazu bewegen die Straßenrinne zu reinigen und Ordnung zu halten. Aufgrund der Bedeutung für den Ort, habe er entschieden, dass zur 850-Feier von Wartmannsroth der Bauhof die Rinne reinigt. Dies sei eine einmalige Angelegenheit gewesen und auch nur deshalb weil sich keine andere Lösung abzeichnete.

5. Windheim

- Massive Beschwerden werden über die Internet- und Telefonverbindungen von HAB Net vorgetragen. Seit Monaten würden die Anschlussnehmer vertröstet und die Störungen nicht behoben. Bürgermeister Karle wird Verbindung zu den Verantwortlichen aufnehmen.
- Es wird angeregt bei den Stadtwerken Hammelburg eine Ferngasversorgung für Windheim anzusprechen und Möglichkeiten zu eruieren.

- An der Brunnstube sollte das Pflaster an der Mauer noch einmal nachgearbeitet werden.
- Ein Bürger möchte wissen warum die Funktion des Ortssprechers vom Gemeinderat abgeschafft wurde. Bürgermeister Karle erklärt hierzu, dass der Gemeinderat sich weitestgehend einig darüber war, dass die Gemeinderatsmitglieder alle in gleicher Weise Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind. Eine herausgehobene Funktion einzelner Mitglieder des Gemeinderats mit gesonderter finanzieller Entschädigung war nicht mehr gewollt.
- Es wird kritisiert, dass der Gemeinderat in Bezug auf die Holzplätze nun doch wieder Ausnahmen für Windheim und Völkersleier gestattet. Einige der Windheimer Holzplatzbesitzer hätten ihre Abdeckbleche mittlerweile entfernt und nun seien sie doch wieder erlaubt. Es wird gefordert, dass die Gemeinde die Kosten für die Entsorgung der alten Bleche und die nun notwendigen Neuanschaffungen übernimmt.

Bürgermeister Karle räumt ein, dass man die Holzplätze in Windheim und Völkersleier von vornherein hätte anders behandeln müssen. Nun sei dies auf Wunsch und Bitten einiger Holzplatzbesitzer aus Windheim geschehen. Ratsmitglied Herbert Aul erklärt, dass viele Unstimmigkeiten hätten vermieden werden können, wenn die Holzplatzbesitzer die beiden örtlichen Gemeinderatsmitglieder früher einbezogen hätten.

- Im Bereich des Sammelholzplatzes ist ein Apfelbaum abgebrochen, der vom Bauhof wegeräumt werden soll.
- In der Weinbergstraße wachsen lebende Zäune weit in den Gehweg hinein. Die Eigentümer sollen aufgefordert werden die Zäune zurückzuschneiden.
- Ein Bürger beklagt eine „Barriere“ zwischen den Landkreisen Bad Kissingen und Mainspessart hinsichtlich der notärztlichen Versorgung für Kinder. An Wochenenden würde man auf den Bereitschaftsdienst in Bad Königshofen verwiesen obwohl der Weg nach Gemünden deutlich kürzer wäre. Hier wünsche er sich eine bessere Abstimmung der Leitstellen und die Berücksichtigung der Randlage unserer Gemeinde im Landkreis. Hilfreich wäre schon eine Veröffentlichung der Bereitschaftsdienste in Mainspessart in der örtlichen Presse.
- Weitere Beschwerden werden über die Friedhofspflege vorgetragen. Die Wege seien und ungepflegt, die Grünflächen würden nicht regelmäßig gemäht und bei den Mäharbeiten würde der Rasenschnitt über die Gräber verteilt.
- Die Bankette in Windheim sollen noch in diesem Jahr gemulcht werden. Ratsmitglied Hubert Roth erklärt, dass die notwendigen Maßnahmen bereits mit dem Bauhofleiter besprochen seien und in den nächsten Wochen erledigt würden.
- Warum im Zuge der Mauersanierung am Pfarrgarten der Mühlbach nicht ausgebaggert worden sei, möchte ein Anwohner wissen. Der Bürgermeister erklärt, dass er von der Notwendigkeit keinerlei Kenntnis hatte. Herbert Aul informiert weiter, dass die Baufirma aufgrund anderer Aufträge keine weiteren Baggarbeiten durchführen konnte.
- Ein Bürger beklagt durch Pferde verunreinigte Straßen im Ort und fordert eine Pferdesteuer. Bürgermeister Karle erklärt zunächst, dass die Erhebung einer Pferdesteuer nicht möglich ist. Davon abgesehen, sei eine Steuer wie die Hundesteuer nicht die Berechtigung zur Verunreinigung von Straße und Wegen. In der Versammlung wird außerdem festgestellt, dass es sich beim vorgetragenen Fall um einen Einzelfall gehandelt habe und kein generelles Problem in Windheim sei.
- Bei einer weiteren Beschwerde wird die Qualität des Brennholzes für die Holzrechtler beklagt. Hier verweist der Bürgermeister auf eine anstehende Versammlung der Rechtler am 11.11.2015 im Feuerwehrhaus Windheim.

6. Schwärzelbach

- Die geplante Sperrung der Gemeindeverbindungsstraße von Schwärzelbach zur B27 beschäftigt die Bürger. Viele sind der Meinung, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei weil die Straße mit öffentlichen Mitteln gebaut wurde.
- Ein Bürger möchte wissen warum es am Dorfplatz an der Linde nicht weiter ginge. Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass der Dorfplatz in der Prioritätenliste eher hinten anstünde. Wichtig seien der Erwerb des Anwesens und der Abriss des Gebäudes gewesen. Eine weitere Gestaltung sei vorerst nicht angedacht, zumal die letztendliche Ausgestaltung noch nicht festgelegt sei. Allerdings habe die Teilnehmergeinschaft bereits beschlossen, dass ein großer Platz keinen Sinn mache. Vielmehr erhoffe man sich durch eine Neubebauung einen Impuls für die Innenortsentwicklung.
- Massive Beschwerden werden über den Zustand des Friedhofs vorgetragen. Dieser werde vom Bauhof derart vernachlässigt, dass sich letztendlich der Gartenbauverein gezwungen sah Pflegemaßnahmen durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit wird angeregt die Hecke um den Friedhof ordentlich zu pflegen und den Leichenwagen aus dem Leichenhaus zu entfernen.
- Weiterhin ist eine Kraftstromsteckdose der Wunsch der Bürger.
- Eine Anwohnerin der Altdorfer Straße beklagt Verunreinigungen durch freilaufende Hunde.
- In der Ellenbergstraße soll ein privater Bauplatz besser sauber gehalten werden, wünschen sich einige Anwohner. Hier hängen Äste in den Straßenraum und Laub verunreinigt die Straße und die Nachbaranwesen.
- Ebenfalls im Bereich Ellenberg sei ein Entwässerungsgraben komplett zu geschwemmt. Dieser Graben diene bei der Schneeschmelze zum Abfluss des Schmelzwassers zur Sippach und solle daher noch vor dem Winter geöffnet werden.
- Der schlechte Zustand des Weihers wird angesprochen. Auf Nachfrage erläutert der Bürgermeister, dass der Weiher nicht als Löschweiher benötigt wird.
- Ein weiteres Thema ist die Sperrung von Feldwegen. Während zum einen der Wunsch geäußert wird, dass nicht alle Feldwege für den Normalverkehr gesperrt werden, wird dies von anderer Seite und vom Bürgermeister jedoch befürwortet. Nach verschiedenen Hinweisen auf unzureichende oder veraltete Schilder an Feld- und Waldwegen sichert der Bürgermeister eine generelle Überprüfung der Beschilderung zu.
- Das Mulchen von Straßengräben und entlang von Feldwegen ist weiterhin das größte Problem einiger Anwesender. Zum wiederholten Mal wird vorgetragen, dass Schwärzelbach hier gegenüber anderen Ortsteilen benachteiligt werde. Neben der Vergabe der Arbeiten an Lohnunternehmen wird die Aufstellung eines Mulchplans gefordert, der jährlich abuarbeiten ist. Wie auch in den vergangenen Jahren erklärt der Bürgermeister, dass er das Mulchen, wie noch vor einigen Jahren praktiziert nicht für erforderlich halte und auch aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht erlaubt sei. Hier gehen die Meinungen jedoch auseinander, da einige anwesende Landwirte es für dringend erforderlich halten 2-3 Mal im Jahr zu mulchen. Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass er von seiner Praxis nicht abweichen werde, d.h. Mulcharbeiten werden vom Bauhof auf das Notwendige beschränkt und nur unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange durchgeführt.

7. Dittlofsroda

- Die Überbauungen von Landwirten auf Gemeindegrund müssten genauso gehandhabt werden, wie die Holzplätze. Schließlich würden die Landwirte hier sogar noch einen Ertrag erzielen, trägt ein Bürger vor. Der Bürgermeister erklärt, dass dies auch so angedacht sei und man auch schon im Gemeindeboten darauf hingewiesen habe. Allerdings sollen die Flächen nicht verpachtet werden sondern für Hecken und Grünstreifen genutzt werden. Innerhalb der Ver-

sammlung wird hierzu festgestellt, dass die Überbauungen deutlich zurückgegangen sind. Anwesende Landwirte mahnen an, dass die angelegten Hecken danach aber auch gepflegt werden müssen. Dies gelte im Übrigen auch für bereits vorhandene Hecken. Ein reines Kürzen der Hecken entlang von Wegen sei nicht ausreichend.

- Es wird moniert, dass die Bauherrendaten bei Bauanträgen nicht mehr im Internet oder im Gemeindeboten veröffentlicht werden. Die Bürger hätten hierdurch nicht mehr die Möglichkeit nachzuvollziehen wer wo baut. Vom Geschäftsleiter Daniel Görke wird hierzu erklärt, dass dies datenschutzrechtliche Gründe habe.
- Weiterhin ein Ärgernis für einige Verantwortliche der Feuerwehr ist die Erhöhung der Miete für das Feuerwehrhaus durch die Gemeinde. Sie wollen nicht einsehen, dass für Privatfeiern im Feuerwehrhaus 70,- Euro Miete verlangt werden obwohl das Haus in ehrenamtlicher Arbeit errichtet wurde. Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass die Miete dazu dient die Unterhaltskosten zu decken. Der Aufwand für die Herstellung habe hiermit nichts zu tun. Die Kosten für Heizung und Strom müssten gedeckt werden und es könne nicht Aufgabe der Gemeinde sein günstige Räumlichkeiten für Privatfeiern zur Verfügung zu stellen. Andernorts würden Häuser komplett von den Vereinen unterhalten und diese würden dann auch die Miete selbst festlegen. Es sei der Feuerwehr grundsätzlich freigestellt genauso zu verfahren. Auch Ratsmitglied Stefan Schottdorf bekräftigt diese Meinung. Er berichtet aus Waizenbach, dass es auch dort viele ehrenamtliche Helfer gäbe, die sich das ganze Jahr für den Unterhalt der Gemeinschaftshalle einsetzten. Aber auch sie müssten die Halle für eigene Zwecke mieten, wie jeder andere auch. Man könne hier einfach keine Unterschiede machen. Dem wird jedoch weiterhin entgegen gehalten, dass aufgrund der Miete die Belegung des Feuerwehrhauses zurückgegangen sei und einige Angebote, wie z.B. vom Bauernverband, gar nicht mehr wahrgenommen werden können. Zudem sei es nicht einzusehen warum der Feuerwehrverein dann noch für Verbrauchsmaterialien, wie Seife und Toilettenpapier aufkommen soll. Da sich abzeichnet, dass man hier keine Einigung erzielen kann und die Angelegenheit schon wiederholt im Gemeinderat diskutiert wurde, bittet Bürgermeister Karle darum die Diskussion um dieses Thema zu beenden und die Entscheidung des Gemeinderates zu akzeptieren.
- Ein Bürger möchte wissen, ob die Gemeinde ein Energienutzungskonzept hat, um beispielsweise die Energie für die Straßenbeleuchtung selber zu erzeugen. Der Bürgermeister erklärt hierzu, dass die Gemeinde insgesamt vier Fotovoltaikanlagen betreibe. Teilweise würde der Strom hier auch für den Eigenbedarf genutzt. Pläne zu einer eigenen Energieversorgung gäbe es nicht, nachdem das Thema Windkraft in der Gemeinde vorerst erledigt sei. Die Straßenbeleuchtung selbst solle sukzessive auf energiesparende LED-Leuchten umgestellt werden.
- Ob die Sanierung des Haus der Bäuerin in das vom Freistaat aufgelegten Förderprogramm für Investitionen finanzschwacher Kommunen falle, möchte ein Bürger wissen. Hierfür kämen vorrangig Schulen und Kindergärten in Frage, so der Bürgermeister. Man sei deshalb dabei Möglichkeiten einer energetischen Sanierung der Schule zu prüfen.
- Auf Nachfrage erläutert der Bürgermeister nochmals Kosten und Nutzen des Brennerwegs für die Gemeinde. Dabei stellt er klar, dass der Brennerweg nicht für die Brenner eingerichtet würde sondern erst durch die Brenner möglich wurde. Die Gemeinde erhoffe sich hierdurch das Entstehen eines sanften Tourismus mit gastronomischen Angeboten und Beherbergungsgewerbe.
- Der Nachbar einer ehemaligen Fensterbaufirma beklagt eine unsachgemäße Nachnutzung der Firmengebäude. Hier gäbe es illegale Autowerkstätten, in denen nachts und am Wochenende Autos zerlegt und repariert würden, ohne dass Ölabscheider vorhanden wären. Der Bürgermeister erklärt, dass in diesem Fall das Bauamt zuständig wäre, man das Problem aber weiter geben werde.
- Die Abdeckung am Hochbehälter muss erneuert werden.
- Im Bereich Gerstenberg ist noch eine Fläche von 2 qm zu asphaltieren
- Im Eidenbacher Weg ist eine Straßenlaterne defekt.

Im Anschluss an seinen Bericht fragt der Bürgermeister nach, ob seitens des Gemeinderates über einen der Punkte ein erhöhter Informationsbedarf besteht oder eine Beschlussfassung für erforderlich gehalten wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Einzig Ratsmitglied Stefan Schottdorf bittet darum, hinsichtlich der Klagen über Geschwindigkeitsübertretungen in den Ortschaften, weiterhin die Möglichkeit der Einrichtung einer kommunalen Verkehrsüberwachung zu prüfen. Hierüber gehen die Meinungen jedoch auseinander. Bürgermeister Karle erklärt, dass dieses Thema bereits auf der Agenda des Allianzmanagers stünde.

8. Verschiedenes

- Die Termin für die nächsten Gemeinderatssitzungen werden festgelegt:
04.02., 25.02., 17.03. und 14.04. .

Zudem soll in diesem Jahr in Waizenbach eine Ortsbegehung durchgeführt werden. Der Termin wird noch festgelegt.

Die Waldbegehung findet heuer am 29.04. statt.

Vorsitzender

Schriftführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Die Punkte 9 - 11 werden nicht öffentlich behandelt.